

**49. Regionalkonferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs
der ostdeutschen Länder (MPK-Ost)
am 13. Juni 2022
Insel Riems**

Beschluss

**TOP 1.1 Strategien für aktuelle wirtschafts- und energiepolitische
Herausforderungen in Ostdeutschland zukunfts- und krisenfest
entwickeln**

Präambel

Der völkerrechtswidrige und brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bedeutet für die ukrainische Bevölkerung unermessliches Leid durch Tod, Vertreibung und Zerstörung. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder verurteilen den Krieg daher auf das Schärfste. Russland wird aufgefordert, die Kampfhandlungen umgehend einzustellen, humanitäre Hilfe zuzulassen und die territoriale Integrität der Ukraine zu wahren.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder stellen fest: Der kriegsbedingte Ausstieg aus der Versorgung mit russischen Energieträgern stellt die deutsche Politik sowie die Wirtschaft und Bevölkerung in ganz Deutschland vor immense Herausforderungen. Denn, es gilt nicht nur kurzfristig russisches Erdöl und Erdgas zu ersetzen und erhebliche Energiepreissprünge zu bewältigen, sondern parallel auch eine zukunftsfähige Infrastruktur für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu errichten. Dabei kommt den ostdeutschen Bundesländern eine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der Wirtschaftsstruktur und den verfügbaren Einkommen zu.

1. Ostdeutschland hat seit 1990 erhebliche wirtschaftliche Strukturbrüche mit Phasen der Deindustrialisierung und hoher struktureller Arbeitslosigkeit durchlaufen. Mit großen und langanhaltenden Anstrengungen haben die Menschen in den ostdeutschen Ländern diesen Strukturwandel bewältigt und einen erfolgreichen Prozess zur Entwicklung zukunftsfähiger Industriestrukturen eingeleitet. Bei allen jetzt anstehenden Herausforderungen, kommt es darauf an, in Ostdeutschland erneute abrupte Strukturbrüche mit der Gefahr der industriellen Abkoppelung ganzer Regionen zu vermeiden. Der Verlust von Erdöl- und Gaslieferungen aus Russland muss durch Anpassung der Energieinfrastruktur so organisiert und begleitet werden, dass Industrie- und Produktionsstandorte im Osten Deutschlands nicht gefährdet werden. Die Versorgung mit Rohöl und Erdgas muss für einen Übergangszeitraum bis zur Etablierung einer wirtschaftlich tragfähigen fossilfreien Versorgung gesichert bleiben, damit die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie bestehende Arbeitsplätze langfristig erhalten werden. Dazu gehört insbesondere, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, dass Unternehmen in Ostdeutschland auch im Falle einer Gasmangellage tatsächlich weiter mit Gas versorgt werden können. Zu den Unternehmen, die auch in diesem Falle versorgt werden, sollten insbesondere all jene gehören, deren Produktionsstätten im Falle einer Unterbrechung der Gasversorgung zerstört würden.

2. Die Raffinerie Schwedt im Land Brandenburg und die Raffinerie Leuna in Sachsen-Anhalt sind für die Energieversorgung Ostdeutschlands zentral. Sie sind für die Versorgungssicherheit mit Kraftstoffen, Heizöl und weiteren chemischen Erzeugnissen in Ostdeutschland und Teilen Polens von systemrelevanter Bedeutung, sind zugleich aber auch strukturbestimmende Unternehmen in den betreffenden Regionen. Mit der von der Bundesregierung abgegebenen Protokollerklärung zum sechsten EU-Sanktionspaketes hat sich die Situation für beide Standorte aufgrund des absehbaren Einkaufsstops von russischen Rohöl zum Jahresende deutlich verschärft. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung, im Vorfeld der Umsetzung des Öl-Embargos hinreichende Maßnahmen zu ergreifen, damit eine vollumfängliche Versorgung der Raffinerien in Leuna und Schwedt mit anderweitigem Rohöl sichergestellt und somit die Versorgungssicherheit (Ost-)Deutschlands mit Kraftstoffen zu jeder Zeit gewährleistet ist und die Industriestandorte dauerhaft gesichert werden können. Die Bundesregierung wird zudem in der Verantwortung gesehen, die für den notwendigen Transformationsprozess erforderlichen finanziellen Mittel verbindlich zuzusagen.

3. Der Bund wird aufgefordert, die Ölversorgung der Raffinerie Schwedt parallel zum Aufbau einer Infrastruktur für die Anlandung und Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas (LNG) im Hafen Rostock zu sichern. Die ostdeutschen

Regierungschefinnen und Regierungschefs bitten den Bund für die kurzfristige Schaffung der erforderlichen infrastrukturellen Voraussetzungen um finanzielle Unterstützung. Das gilt grundsätzlich auch für die beschleunigte Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft auf erneuerbare Energieträger, wie grünen Wasserstoff.

4. Für die Absicherung der Versorgung Ostdeutschlands mit Erdgas kommen den Standorten Rostock und Lubmin eine Schlüsselrolle zu. Beide haben einen direkten Einfluss auf die Einspeise- und Versorgungssituation für das gesamte ostdeutsche Gasnetz. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, bei ihrer Zielsetzung, einen Teil der Gaslieferungen kurzfristig über mobile Floating Storage and Regasification Units (FSRU) und langfristig über feste LNG-Terminals zu importieren, die Standorte Rostock und Lubmin zu berücksichtigen. Vor allem der Bau eines festen LNG-Terminals im Hafen Rostock, welches perspektivisch auch zur Anlandung klimaneutraler Energieträger (grüner Wasserstoff und deren Derivate) genutzt werden kann, wird vor diesem Hintergrund von allen ostdeutschen Ländern unterstützt.

5. Zur Stärkung der nationalen Energiesouveränität hat sich die Dringlichkeit des Ausbaus Erneuerbarer Energien nochmals erhöht. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung daher, die Anwendung akzeptanz- und ausbaufördernden Maßnahmen zu ermöglichen, wie insbesondere:
 - regionale Netzentgelte anreizkompatibler und einheitlicher auszugestalten,
 - Bürger- und Kommunen verpflichtend an den Erträgen benachbarter EE-Anlagen zu beteiligen,
 - den Eigenstromverbrauch von Erneuerbaren Energien zu begünstigen.
 - Speicher, inklusive Punktspeicherkraftwerke als eigenständige Säule im Energiesystem verankern

6. Nicht nur eine ausreichende, sondern auch eine bezahlbare Energieversorgung entscheidet über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und die sozialen Folgen der aktuellen Umstellung der Energieinfrastruktur in Ostdeutschland. Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz wird gebeten, kurzfristig weitere Möglichkeiten zu ergreifen, um weitere Energiepreissteigerungen und die Spekulation mit Öl, Gas und Strom einzugrenzen. Nicht für alle Menschen mit geringen Einkommen, welche besonders von den aktuellen Energiepreissteigerungen betroffen sind, haben Bund und Länder bereits wichtige Entlastungsschritte beschlossen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten die Bundesregierung umgehend, auch für Rentnerinnen und Rentner,

Soloselbstständige sowie Studierende geeignete Entlastungsmaßnahmen zu prüfen und umzusetzen.

7. Wasserstoff als Energieträger der Zukunft hat weiter an Bedeutung zugenommen. Die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen besitzen für die Umsetzung eines Wasserstoffhochlaufes entlang der gesamten Wertschöpfungskette unterschiedliche Stärken, die sich komplementär ergänzen können. Eine effiziente länderübergreifende Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit Synergien zu erschließen und Kosten zu reduzieren. Die Länder entwickeln ihre eigenen Strategien fort - vorhandene Potenziale sollen in enger länderübergreifender Kooperation und Abstimmung erschlossen werden.
8. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder vereinbaren, zur Intensivierung und Steuerung der Zusammenarbeit beim Thema Wasserstoff unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer Akteure eine gemeinsame Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland (IWO) einrichten zu wollen. Sie begrüßen [die Prüfung des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, ob] eine Anschubfinanzierung der Bundesregierung für eine Anlaufphase entsprechend den Länderbeiträgen insgesamt [gewährt werden kann]. Sie bitten die Chefin und Chefs der Senats- und Staatskanzleien der ostdeutschen Länder, unter Einbeziehung der zuständigen Fachministerien der ostdeutschen Länder bis zum 30. September 2022 die Ausgestaltung, Rechtsform und Finanzierung der Interessenvertretung zu konkretisieren.
9. Neben der Sicherstellung der Energieversorgung in Ostdeutschland ist in Folge kriegsbedingter Produktions- und Lieferausfälle ukrainischer und russischer Agrarprodukte auch der Erhalt der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Agrarwirtschaft von zentraler Bedeutung. Dabei steht die deutsche Landwirtschaft derzeit selbst stark unter Druck. Sie ist von dramatisch steigenden Betriebsmittelpreisen und Lieferengpässen betroffen, sieht sich erhöhten Umweltauflagen, stark steigenden Boden- und Pachtpreisen sowie einem durch den Krieg verschärften Fachkräftemangel durch ausbleibende saisonale Erntehelfer gegenüber. Noch ist unklar, inwieweit durch erhöhte Agrarpreise Kostensteigerungen kompensiert werden können. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung diese Entwicklungen verstärkt in den Blick zu nehmen und im Interesse der Ernährungssicherheit, den Einsatz temporärer Ausnahmeregelungen von Beschränkungen der Nahrungsmittelproduktion und Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Agrarwirtschaft umgehend zu prüfen.

10. Die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands wird zunehmend von der Verfügbarkeit benötigter Fachkräfte beeinflusst. Insbesondere bei den Ansiedlungen von Unternehmen ist die regionale Fachkräftebasis oftmals der entscheidende Standortfaktor. Dabei ist Ostdeutschland aufgrund der vorherrschenden Altersstruktur früher vom demografisch bedingt starken Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials als der Westen und Süden Deutschlands betroffen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder wollen daher gemeinsam mit der neuen Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit nach Lösungen zum Schließen der sich vergrößernden Fachkräftelücke in Ostdeutschland suchen. Sie bitten das MPK-Ost-Vorsitzland, die BA-Vorstandsvorsitzende zu einem „Fachkräftegipfel Ostdeutschland“ nach der Sommerpause einzuladen.